



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern
Telefon 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
PC 30-36070-0, E-mail: mail@swisscoalition.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Zwei Grad wärmer – schön für wen?

Die Schweizer Energiepolitik und der globale Klimaschutz

Deux degré de plus – qui s'en réjouit?

Politique énergétique suisse et protection globale du climat

Medienkonferenz vom Mittwoch, 16. August 2000, 10.00 Uhr,
im Käfigturm, Marktgasse 67, Bern, 2. Stock

*Conférence de presse du mercredi 16 août 2000, 10h00,
Käfigturm, Marktgasse 67, Berne, 2^{ème} étage*

Programm/Programme

Begrüssung / Einleitung
Accueil /Introduction

Bruno Riesen, Präsident der Arbeits-
gemeinschaft und Leitender Sekretär
Swissaid / *Président de la Communauté
de travail et Secrétaire exécutif
Swissaid*

Klimaveränderung und Wetterextreme:
Verheerende Folgen für Kenia

Grace Akumu, Direktorin Climate
Network Africa (CNA), Kenia

*Changements climatiques et phénomènes
Atmosphériques extrêmes:
Impacts sur le Kenya*

Grace Akumu, Directrice du Climate
Network Africa (CNA), Kenya

Die Klimaveränderung und die Philippinen:
Auswirkungen und Gegenmassnahmen

Sam Ferrer, Koordinator Climate
Action Network South East Asia
(CANSEA), Philippinen

*Philippines: Impact des changements
climatiques et initiatives*

*Sam Ferrer, Coordinateur du Climate
Action Network South East Asia
(CANSEA), Philippines*

Energiewende Schweiz – eine
entwicklungspolitische Notwendigkeit

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Ent-
wicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft

*Prendre un nouveau virage énergétique-
une nécessité pour la
politique suisse de développement*

*Rosmarie Bär, Coordinatrice pour la
politique de développement, Commu-
nauté de travail*

Diskussion/Discussion

Dauer / Durée: ca. 1 Stunde / environ 1 heure



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern
Telefon 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
PC 30-36070-0, E-mail: mail@swisscoalition.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Pressekonferenz vom 16. August 2000

KLIMAVERÄNDERUNG UND WETTEREXTREME: VERHEERENDE FOLGEN FÜR KENIA

Von Grace Akumu, Direktorin Climate Network Africa, Nairobi/Kenya

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas dafür danken, dass sie uns eingeladen und die Teilnahme an dieser so wichtigen Medienkonferenz ermöglicht hat. Mein Dank geht auch an die Medien für ihr Interesse an der heutigen Veranstaltung und ihre Berichterstattung darüber.

Die Häufung extremer Wettersituationen in Kenia und auch anderswo auf der Welt zeigt klar, dass die Voraussagen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) über die Klimaveränderung zutreffen: das Klima verändert sich.

Wetterextreme mit verheerenden Folgen

Extreme Wetterereignisse haben in den letzten Jahren in Kenia zu einer schwerwiegenden Destabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen im Land geführt. Zu nennen sind insbesondere die massiven Überschwemmungen aufgrund von El Niño 1997/98 und die nicht minder verheerende Trockenheit im Zusammenhang mit La Niña 1999/2000). Wegen der derzeitigen Trockenheit haben viele Bauern, insbesondere die ärmsten unter ihnen, Vieh und Existenzgrundlage verloren; Grenzkonflikte um Weideland und Wasserstellen sind entbrannt.

Die Dürre hat insbesondere in den ariden und semi-ariden Gebieten Kenias viele Todesopfer gefordert. Da sie weiterhin anhält, sind noch keine umfassenden statistischen Angaben verfügbar. Das Landwirtschaftsministerium schätzt den Ernteaussfall auf 60 Prozent. Bereits heute sind 75 Prozent der Bevölkerung vom Hunger betroffen. Der Präsident der Republik hat deshalb anfangs Juni 2000 die derzeitige Dürre zur nationalen Katastrophe erklärt.

Die kenianische Regierung ist nicht in der Lage, diese zusätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Klimaveränderung zu bewältigen. Kein Entwicklungsland kann angesichts einer bereits geschwächten Volkswirtschaft und der ungerechten Nord-Süd-Handelsbeziehungen diese zusätzliche finanzielle Belastung tragen. Deshalb fordern die Entwicklungsländer Gerechtigkeit in der Konvention zur Klimaänderung, denn ohne

Gerechtigkeit kann die Konvention nicht wirksam umgesetzt werden. Konkret bedeutet das, dass die Industrieländer damit beginnen sollten, die Entwicklungsländer für diese aus der Klimaveränderung entstehenden Schäden zu entschädigen.

Der Wassermangel hat noch nie da gewesene Auswirkungen auf den Energiesektor. Einige der wichtigsten Wasserkraftwerke mussten ihre Produktion einstellen, Stromrationierungen bzw. -unterbrüche im ganzen Land sind die Folge. In Kenia muss der Strom zur Zeit häufig rationiert werden. So erhalten Privatverbraucher während nur noch 6 Stunden pro Tag Strom, die Industrie während nur 24 statt 168 Stunden pro Woche. Die Schattenwirtschaft ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Darunter leiden vor allem die kleinen Unternehmen, haben doch die meisten kein Geld, in alternative Energiequellen (z.B. Generatoren) zu investieren. Viele von ihnen mussten den Betrieb ganz oder teilweise einstellen. Das hat verheerende Folgen für das soziale Gefüge und die Wirtschaft als Ganzes.

Der Strommangel führt aber auch zu Todesfällen in Spitälern, insbesondere bei Frühgeburten, weil die Inkubatoren ohne Elektrizität nicht funktionieren. Menschen starben aber auch in ihren Haushalten, weil sie weniger sichere Energiequellen für Küche und Beleuchtung verwendeten (Kerzen, Kohle, Paraffin etc.).

In der untenstehenden Tabelle sind die derzeitigen Stromquellen und ihr jeweiliger Anteil an der Energieversorgung Kenias dargestellt. Sie zeigen, dass der grösste Teil der unserer Energie, nämlich 70% aus Wasserkraft stammt, die sehr anfällig ist auf Trockenheit:

Tabelle 1: Stromproduktion in Kenia

Art der Stromerzeugung	% der Energieversorgung	Versorgung 2000 (MW)
Wasserkraft	70 %	584.0
Dieselgeneratoren (inkl. Dieselkraftwerke)	11.5 %	95.6
Gasturbinen	8.4 %	70.0
Erdwärme	5.4 %	45.0
Wärmekraftwerke	4.3 %	36.0
Windenergie	<0.1 %	0.4
Brutto-Stromerzeugung		831.1

Quelle: Kenya Power & Lighting Company Annual Report, 1999

Die aktuelle Dürre zeigt deutlich, dass Investitionen in Energiebereiche dringend notwendig sind, die weniger wetteranfällig sind.

Als einzige rasche Alternative, um weiteren Schaden zu vermeiden, bietet sich derzeit die Stromproduktion aus Dieselkraftwerken an. An der Diesel-Stromproduktion sind vor allem private Produzenten (*Independent power producers IPPs*) und ein paar private Eigenproduzenten aus den kleinen und mittleren Unternehmen beteiligt. Das Problem dabei:

Dieser Strom ist sehr teuer: Strom aus Dieselgeneratoren ist durchschnittlich zwanzig Mal teurer als Strom aus Wasserkraft. Das gefährdet die Wirtschaftlichkeit und die Rendite vieler KMUs. Die Dieselproduktion gefährdet aber auch die Umwelt, weil sie viel CO₂ ausstösst und damit zur Klimaerwärmung beiträgt. Und das zu einem Zeitpunkt, da auf internationaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, um die verheerenden Folgen der Klimaveränderung einzudämmen.

Umweltfreundliche Technologien: Der Süden braucht die Unterstützung des Nordens

Kenia will aber auch andere Technologien nutzen, um mehr Strom produzieren zu können. Sowohl lokal als auch international stehen verschiedene Optionen zur Verfügung. Die kenianische Regierung möchte über eine gute Mischung an Energietechnologien verfügen, um die Stromproduktion zu optimieren. In Tabelle 2 sind die geplanten kurzfristigen Energieprojekte für die nächsten fünf Jahre aufgeführt.

Tabelle 2: Geplante Energieprojekte in Kenia, 1999-2005

Art der Energieerzeugung	Online	MW
Wasserkraft	1999	72.5 MW
Mittelgrosse Diesel-Stromproduktion	2000	150 MW
Mittelgrosse Diesel-Stromproduktion	2001	56 MW
Mittelgrosse Diesel-Stromproduktion	2001	56 MW
Erdwärme	2002	64 MW
Wasserkraft	2002/3	64 MW
	2004/5	-87.6 MW
Mittelgrosse Diesel-Stromproduktion	2004/5	90 MW
Mittelgrosse Diesel-Stromproduktion	2004/5	40 MW
		500.9 MW

Für die (Weiter)Entwicklung von Technologien zur Energiegewinnung ist Kenia stark auf den Norden angewiesen. Diese Technologien sollten möglichst umweltfreundlich und einfach im Unterhalt sein. Einige Beispiele, die weiterentwickelt werden könnten, gibt es sehr wohl.

> Energie aus Biomasse

Heute wird der grösste Teil des Energiebedarfs der Landbevölkerung mit Biomasse gedeckt. Das wird auch in Zukunft so bleiben. In den kommenden Jahren muss aber die Konversionseffizienz, ihre Energieeffizienz verbessert werden. Zudem wird dringend Bio-Kraftstoff benötigt, um bei den Biomasse-Energieressourcen Mehrwert zu schaffen. Nur so kann eine Weiterentwicklung erreicht werden, so dass die vornehmlich traditionellen Technologien zusehends reduziert werden können. Kenia regeneriert aber auch bedeutende Mengen an industriellen Biomasse-Abfällen; interessant wäre insbesondere eine Energie-Rückgewinnung aus Reststoffen der Zuckerrohrverarbeitung. Hier ist ein grosses Potenzial vorhanden.

> Windturbinen

Einige Industrieländern haben stark in die Windturbinen-Technologien investiert. Kenia ist an Investitionen in Windtechnologie interessiert, insbesondere an den Windfarmen. Die Genehmigung solcher Investitionen wird davon abhängig gemacht, dass sie höchste Leistung erbringen, kosteneffizient sind und sich bereits bewährt haben.

> Wassererwärmung mit Sonnenenergie

Kenia verfügt als tropisches Land über viel Sonnenenergie. Die Erwärmung von Wasser, insbesondere für den Tourismus, verbraucht bedeutende Energiemengen. In den meisten Industrieländern stehen effiziente Solartechnologien zu Heizzwecken zur Verfügung. Für Kenia wäre ein erleichterter Erwerb solcher Technologien sehr begrüssenswert.

> Nutzung der Erdwärme

In Kenia stehen im Rift Valley grosse Energieressourcen in Form von Erdwärme Verfügung. Diese Nutzung verlangt jedoch relativ grosse Anfangsinvestitionen. Kostengünstige, verfeinerte Technologien würden es Kenia erlauben, die Nutzung dieser umweltfreundlichen Energiequelle zu beschleunigen.

Die Verantwortung des Nordens

Die industrialisierten Länder waren schon in der Vergangenheit und sind noch heute hauptverantwortlich für die Klimaveränderung. Ihr Ausstoss an Treibhausgasen heizt die Atmosphäre an. Wir in den Entwicklungsländern haben die Auswirkungen dieser Klimaveränderung zu tragen, insbesondere Afrika, auf jenem Kontinent, der laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) am stärksten unter den Folgen dieser Klimaveränderung zu leiden haben wird.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit hier ergreifen und an die industrialisierten Länder wie die Schweiz, zu appellieren, ihre Verpflichtung in der Klimakonvention wahrzunehmen. Dazu gehört insbesondere der Transfer von Technologie und von zusätzlichen finanziellen Ressourcen, um die Entwicklungsländer in der Anpassung an die Klimaänderung zu unterstützen.

Leider ist dies bisher in keiner relevanten Art und Weise geschehen ist. Die industrialisierten Länder haben zwar die Globale Umweltfazilität (Global Environmental Facility GEF) eingerichtet, doch ist es für afrikanische Länder fast unmöglich, auf diese Ressourcen zurück zu greifen. Die zuständigen Agenturen stellen die afrikanischen

Staaten vor riesige Probleme. Wird ein Gesuch eingereicht, liegt es meist drei bis fünf Jahren lang in deren Büro herum, bis sie reagieren. Einige dieser Agenturen haben enorme Verwaltungskosten, so dass sehr wenig Mittel für die eigentlichen Projekte bleiben. Zwei verfügen über gar keine internen Ressourcen zur Implementierung der Post-Rio-Konventionen, und trotzdem haben Entwicklungsländer mit ihnen zu tun. Verschärfend kommt hinzu, dass auch die offizielle Entwicklungshilfe der meisten Industriestaaten rückläufig ist. Im Klartext: die zusätzlichen in der Klimakonvention angekündigten Ressourcen stehen in der Realität nicht zur Verfügung.

Einige Industrieländer wenden ein, der Technologietransfer geschehe heute primär in der Forstwirtschaft und wir im Süden sollten vor allem Wiederaufforstungsprojekte durchführen. Ich glaube jedoch, dass sie sich so vor ihrer Verantwortung drücken möchten. Damit ist der sichere Tod der Klimakonvention vorprogrammiert – und auch das Scheitern der nächsten Vertragsstaatenkonferenz vom November in Den Haag.

Meine Damen und Herren

Die Industrieländer haben sich klar dazu verpflichtet, im Kampf gegen die Klimaerwärmung voranzugehen. Die Entwicklungsländer haben sich bereit erklärt, bei den globalen Bemühungen mitzuarbeiten. Beginnen wir also damit, dass wir bekannte, bewährte und umweltfreundliche Technologien einsetzen und allen den Zugang dazu verschaffen: bei der Gewinnung von Energie; im Verkehrswesen (einem der grössten Verursacher von Treibhausgasen weltweit); in der Landwirtschaft, bei der Aufbereitung von Wasser und im Abfall-Management. Es ist höchste Zeit, die richtigen Prioritäten zu setzen!

Ich danke Ihnen.

Übersetzt aus dem Englischen von Karin Stutz

Grace Akumu, Executive Director Climate Network Africa (CNA)
Wood Avenue, Kilimani
P.O. Box 76479, Nairobi, Kenya
Phone: +254-2-564040, Fax: +254-2-573737
E-mail: cna@lion.meteo.go.ke



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Medienstelle

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern
Telefon 031 390 93 34, Fax 031 390 93 31
E-mail: phofstetter@swisscoalition.ch

Bern, 16. August 2000

Medienmitteilung

Energie-Vorlagen: Der Süden zählt auf die Schweiz

Die Abstimmung über die Energievorlagen vom 24. September hat eine wichtige globale Dimension. Darauf hat am Mittwoch die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas in Bern aufmerksam gemacht. Drei Mal Ja zu stimmen bedeute, ein Zeichen zu setzen gegen die Klimaveränderung und die Folgen, unter denen Entwicklungsländer schon heute litten. Unterstützung erhielten die Hilfswerke durch prominente Klimafachleute aus dem Süden.

"Die Energiewende Schweiz ist eine entwicklungspolitische Notwendigkeit." Mit diesen Worten warb Rosmarie Bär von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke für ein dreifaches Ja am 24. September. Dabei gehe es um weit mehr als um die "Rappenspalterei zwischen Solar- oder Förderabgabe", meinte die Entwicklungspolitikerin: Es gehe um den Schweizer Beitrag für eine zukunftsfähige Energieversorgung weltweit.

Bär erinnerte daran, dass es die Industrieländer sind, die mit ihrem verschwenderischen Konsum fossiler Energieträger die Atmosphäre aufheizten. Die Entwicklungsländer aber seien von den Folgen der Erwärmung besonders hart betroffen. Um wirkungsvoll Gegensteuer zu geben, brauche es im Norden Veränderungen. Die vorgeschlagene Umweltabgabe sei zentral, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Solar-Initiative und Förderabgabe begünstigten einen technologischen Innovations-schub, von dem gerade Entwicklungsländer, die oft unter Energiemangel leiden, profitieren könnten.

Wie gravierend die Folgen der Klimaveränderung bereits heute sind, schilderten Grace Akumu vom Climate Network Africa (Kenia) und Sam Ferrer vom Climate Action Network Südostasien (Philippinen). Kenia, so Akumu, leidet seit einigen Jahren unter extremen Wetterphänomenen mit schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Nach zwei Jahren mit Überschwemmungen herrscht seit 1999 eine ungewöhnliche Dürre mit vielen Toten und massiven Problemen in der Stromversorgung. Akumu rief die Schweiz und andere Industrieländer auf, Kampf gegen die Klimaveränderung voranzugehen. Trotz Versprechungen habe der Süden keine zusätzliche technologische und finanzielle Unterstützung erhalten.

Sam Ferrer verwies auf zahlreiche alternative Ansätze im Süden zur Energiegewinnung und zur Steigerung der Effizienz. Es sei höchste Zeit, dass nun auch die Industrieländer wirksame Massnahmen ergreifen und die Verpflichtungen der Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls erfüllen.

Bruno Riesen, Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, erinnerte schliesslich an das Schicksal kleiner pazifischer Inselstaaten, die wegen des steigenden Meeresspiegel zu ertrinken drohen. So habe sich der Premierminister von Tuvalu im Februar gezwungen gesehen, an Fidschi, Neuseeland und Australien zu appellieren, Evakuationsplätze für die rund 11'000 InselbewohnerInnen zur Verfügung zu stellen. Australien zeigte die kalte Schulter. "Auch im Interesse dieser Menschen ist es wichtig, dass wir am 24. September die Weichen umstellen", meinte Riesen.

Weitere Informationen:

Rosmarie Bär, Tel. 031/390 93 32 oder 079/203 50 62



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern
Telefon 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
PC 30-36070-0, E-mail: mail@swisscoalition.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Pressekonferenz vom 16. August 2000

Energiewende Schweiz – eine entwicklungspolitische Notwendigkeit

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik,
Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas

Es gilt das gesprochene Wort

Es wird heiss...

Das Klima gehört zu den zentralen Nord-Süd Themen. Die globale Klimaveränderung ist Realität. Es wird heiss auf unserer Erde. Einer Fieberkurve gleich steigt die Temperatur der Erde an. Hauptverursacher sind die Industrieländer, Hauptbetroffene sind die Menschen in den Entwicklungsländern. Ohne deutliches Umsteuern im Energiebereich wird der weltweite Verbrauch von fossilen Energien weiter zunehmen, die Emissionen des Treibhausgases CO₂ werden damit weiter ansteigen. Die Klimakonvention von Rio gibt dem globalen Klimaschutz politische Priorität. Umsteigen auf Effizienz und erneuerbare Energien ist zwingend. Erstmals seit der UNO-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ von 1992 in Rio („Erdgipfel“) haben wir es aktiv in der Hand: Mit den drei Energievorlagen, die am 24. September zur Abstimmung kommen, können wir in der Schweiz eine zukunftsfähige Energiepolitik einleiten.

Mit anderen Worten: Es geht am 24. September um weit mehr als um die Rappenspalterei zwischen 0,5 oder 0,3 Rappen Förderabgabe pro Kilowattstunde. Der wachsende Energieverbrauch der Weltbevölkerung ist weder Naturgesetz noch Marktzwang. Vielmehr ist die Energiezukunft aller (noch) gestaltbar. Es geht um den schweizerischen Beitrag zu einer globalen zukunftsfähigen Energieversorgung, um das Wahrnehmen einer kollektiven Verantwortung. Denn die Vereinten Nationen haben die Atmosphäre zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt.

Nachhaltige Entwicklung – Schlüsselgrösse Energie

Seit dem Erdgipfel von Rio 1992 heisst der Weg der Staatengemeinschaft nachhaltige Entwicklung. Darauf haben wir uns alle verpflichtet.

Energie ist eine Schlüsselgrösse in Wirtschaft und Gesellschaft. Folglich führt der Weg der nachhaltigen Entwicklung über die Energiepolitik. Basis des materiellen Wohlstands in den Industrieländern ist seit Jahrzehnten eine unverantwortliche Energie- und Ressourcenverschwendung. Sie ist gleichzeitig die Ursache der alarmierenden globalen Umweltzerstörungen. Der Mangel an Energie dagegen ist in den Entwicklungsländern eine der Ursachen von Not und armutsbedingten Umweltschädigungen. Fehlende Energieversorgung ist im Süden ein Entwicklungshindernis.

Wer keine Energie hat, dem fehlt häufig auch der Arbeitsplatz, wer keinen Strom hat, ist von vielen Bildungs- und Informationsmöglichkeiten abgeschnitten.

Die ungleiche Ressourcen-Verteilung, der ungleiche Ressourcen-Verbrauch zwischen Norden und Süden ist zu einer zentralen Frage, zu einer Frage von Gerechtigkeit und Chancengleichheit geworden. Die Art und Weise, wie wir künftig mit der Ressource Energie umgehen, wird die Zukunft der Menschheit entscheidend beeinflussen. „Wenn in den reichen Ländern weiter so konsumiert wird wie bisher, haben die Entwicklungsländer keine Chance, jemals von ihrer Armut wegzukommen“, warnte kürzlich der Direktor des UNO-Umweltprogrammes (UNEP), Klaus Töpfer. Und er hängte noch einen zweiten bemerkenswerten Satz an: „Die Zeit für einen vernünftigen, gut geplanten Übergang zu einem nachhaltigen System wird knapp.“

Globale Klimaverpflichtungen sind Hausaufgaben

Die Klimaveränderung trägt die Fingerabdrücke des Nordens. „Verursacher vor!“ heisst deshalb die Devise. In Rio haben die Industriestaaten – gestützt auf das Verursacherprinzip – die Hauptverantwortung übernommen für einen globalen Kurswechsel. Die Hauptverursacher müssen aktiv vorangehen, damit die Hauptbetroffenen leben können und eine Entwicklungs- und Zukunftsperspektive haben. Der Kurswechsel im Norden schafft Spielraum für eigene Entwicklungsperspektiven im Süden, ohne dass wir alle in einer globalen ökologischen Sackgasse landen. Die Klimakonvention und das Kyoto-Protokoll sind die ersten grosse Bausteine für nachhaltiges Wirtschaften.

Was international ausgehandelt wurde, muss national umgesetzt werden. Die Verpflichtungen und Konventionen von Rio sind Hausaufgaben. Globale Verpflichtungen verlangen nach nationalen Umsetzungsplänen. National handeln, um global zu verändern, ist kein leeres Schlagwort. Auch die Schweiz hat sich verpflichtet, die Klimaschutzziele zu verwirklichen und ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Die drei Vorlagen, über die wir abstimmen, sind ein wichtiger Beitrag dazu. Der Bundesrat hat zu Recht in seinem Strategiebericht zur nachhaltigen Entwicklung geschrieben: «Die Schweiz ist auf internationaler Ebene nur glaubwürdig, wenn sie selbst eine Vorbildfunktion einnimmt und konkrete Erfahrungen und Lösungen einbringt.» Die Energiewende Schweiz ist konkrete Umsetzung globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Entwicklungspolitik ist Innenpolitik

«Entwicklungspolitik ist Innenpolitik», hielt vor zwei Jahren Umwelt- und Energieminister Moritz Leuenberger an der Jubiläumsfeier von Swissaid fest. Als wichtiges Beispiel dafür nannte er eine ökologische Steuerreform, wie sie in 6 Wochen zur Abstimmung kommt. Zu Recht hat Bundesrat Leuenberger gerade dieses Beispiel genannt. Denn Dreh- und Angelpunkt zukunftsfähiger Veränderungen der Industriegesellschaft ist das Steuersystem. Es ist eines der wirksamsten Instrumente zur wirtschaftlichen Lenkung. Aber auch die Solar-Initiative und der Gegenvorschlag in Form der „Förderabgabe“ für erneuerbare Energie haben eine wichtige entwicklungspolitische Komponente. Denn eine zukunftsfähige Energieversorgung basiert auf den drei Säulen Energie-Effizienz, Energie-Sparen und Nutzung der erneuerbaren Energien. Effizienz und Förderung der erneuerbaren Energien bei uns bringen einen

Innovations- und Technologieschub, der auch für die Entwicklungsländer von Bedeutung ist. Effiziente und angepasste Technologien stehen für den Transfer und den Einsatz in Entwicklungsländern zur Verfügung.

Der Transfer umweltgerechter Technologien gehört zu den zentralen Verpflichtungen der Industriestaaten, die in der „Agenda 21“ von Rio festgehalten wurden. Hier besteht ein grosser Nachholbedarf. Mit neuen Technologien kann die dezentrale Energiegewinnung und -versorgung - vor allem mit Sonnenenergie - gefördert werden. Nicht zuletzt würde damit die Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert. Dort sind Armut, Hunger und Mangel an Erwerbsmöglichkeiten häufig besonders gross. Sonne bringt Entwicklung. Die meisten Entwicklungsländer liegen im Sonnengürtel unserer Erde. Dort, wo die Sonneneinstrahlung doppelt so hoch ist wie hier in Mitteleuropa. Was liegt näher, als in diesen Ländern die Sonne als Energie- und damit als Entwicklungsträger zu nutzen? Ein Ja zu der Solar-Initiative und zur Förderabgabe verringert die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern. Mit aller Klarheit verlangen die UNO-Ernährungsorganisation FAO und der Weltenergiearat eine verstärkte Dezentralisierung der Energieversorgung in den Entwicklungsländern. Nur so kann die betroffene Bevölkerung partnerschaftlich in die Planung und die Entscheidungen einbezogen werden. Sogar Siemens, Erbauer von Grosskraftwerken, schreibt: „The future will be decentralized.“

Energiewende Schweiz – es gibt nur Gewinner

Die drei Energievorlagen haben Seltenheitswert. Werden sie angenommen, gibt es auch in der Schweiz nur Gewinner. Eine ökologische Steuerreform ist nicht eine Sache, die wir zähneknirschend akzeptieren müssen. Aktiver Klimaschutz und die Erfüllung des Kyoto-Protokolls sind Chancen, nicht eine Last. Vor allem die langfristige Neuausrichtung unseres Steuersystems nach dem Grundsatz „Energie statt Arbeit besteuern“ ist eine grosse Chance für die Umwelt, für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Eine ökologische Steuerreform ist ein Eckpfeiler der Energiewende¹. Der Aufbruch in eine zukunftsfähige Energieversorgung schafft neue Arbeitsplätze, eröffnet Exportmärkte mit Zukunft und bringt höhere Wettbewerbsfähigkeit. Eine einzige Massnahme am richtigen Ort bringt eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dividende. Weniger Umweltzerstörung und weniger Treibhauseffekt, weniger volkswirtschaftliche Kosten, mehr Arbeitsplätze und mehr Beschäftigung schlagen positiv zu Buche. Eine ökologische Steuerreform wird zum Motor für eine ökonomische Modernisierung.

Die Zeit der Energiewende Schweiz ist da, die Konzepte zur Energiewende sind da. Drei JA am 24. September bahnen den Weg zu einer Energiepolitik der Vernunft und der Verantwortung. Unsere Energiewende ist ein Schlüsselbeitrag für eine nachhaltige Zukunft weltweit. Sie ist unsere wirksame nationale Antwort auf eine globale Herausforderung.

¹ Ausführlicher siehe: „Energiewende Schweiz – entwicklungspolitisches Plädoyer für eine ökologische Steuerreform“, Süd-Magazin 6/98, Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern
Telefon 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
PC 30-36070-0, E-mail: mail@swisscoalition.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Pressekonferenz vom 16. August 2000

Die Klimaveränderung und die Philippinen: Auswirkungen und Gegenmassnahmen

Von Sam Ferrer,
Koordinator Climate Action Network South East Asia (CANSEA)
Quezon City/Philippinen

Sehr geehrte Damen und Herren

In der UNO-Klimakonvention (UNFCCC) ist der Grundsatz der sogenannten "gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung" verankert. Er verlangt von den Industrieländern, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren, während die Entwicklungsländer aufgefordert sind, Inventare von Quellen und von CO₂-Senken, die solche Gase absorbieren (Wälder etc.), zu erstellen.

Seit dem Abschluss dieser Konvention 1992 haben die Emissionen von Treibhausgasen unaufhaltsam um 12 Prozent zugenommen, trotz angeblich "bester" Anstrengungen aller Unterzeichnerstaaten. Offensichtlich greifen die bisherigen Eindämmungsstrategien nicht. Gemäss Berechnungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wäre es nötig gewesen, den Ausstoss von Treibhausgasen bis im Jahr 2000 um 60 Prozent zu reduzieren (gegenüber 1990), um die Klimaveränderung zu vermeiden. Die im sogenannten "Kyoto-Protokoll" festgehaltene Reduktion der Treibhausgase um 5,2 % bis zur Zeitperiode 2008-2012 (gegenüber 1990) ist offensichtlich ungenügend. Die intensiven Debatten und die komplexen Verhandlungen, die sogar ausserhalb der jährlichen Konferenzen der Vertragsstaaten auf internationaler Ebene stattfinden, thematisieren vor allem das, was die Entwicklungsländer unternehmen müssten, statt sich auf die Verpflichtungen und Strategien der Industrieländer zu konzentrieren, um deren Emissionen zu reduzieren.

Tatsache aber ist: Wenn wir der Logik des globalen Marktes, der nicht nachhaltigen Produktion und dem verschwenderischen Verbrauch mit Ressourcen weiterhin stattgeben und wenn wir weiterhin auf die sich zu Ende neigenden, kohlestoffhaltigen Energieressourcen aufbauen, dann nähern wir uns immer mehr unserem eigenen

Untergang. Das Bevölkerungswachstum verschärft das Problem weiter: Die Erde kann nämlich nicht für alle eine sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln, sauberes Wasser, frische Luft, geeignete Nahrungsmittel und eine gesunde Umwelt bieten.

Einige Industrieländer tendieren dazu, ihre Treibhausgasemissionen weiter zu erhöhen. Andere zögern, ihrer Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im eigenen Land nachzukommen. Angesichts dieser Situation sind die Entwicklungsländer, einschliesslich das philippinische Archipel, besser beraten, sich auf das Schlimmste vorzubereiten.

Ein Anstieg des Meeresspieles birgt für die Philippinen die reale Gefahr, für immer überschwemmt zu werden. Ein paar kleinere Inselstaaten, wie Tuvalu, Kiribati und die Marshall-Inseln, sind der lebende Beweis für untergehendes Land.

Wir sollten uns in dieser Situation auf langfristige Massnahmen konzentrieren. Dabei sollten wir insbesondere versuchen, auf präventive, pro-aktive und progressive Weise Treibhausgasemissionen zu vermeiden, und so das Übel an der Wurzel anzugehen und weniger am Ende der Pipeline. Wir setzen uns daher für erneuerbare Energieformen sowie für die Steigerung der Effizienz vorhandener Energienutzungen ein.

In den Entwicklungsländern wird schon heute versucht, die Folgen der Klimaerwärmung auf mehrere Arten einzudämmen. Diesen Ländern bleibt gar keine andere Wahl. Die Entwicklungsländer leisten schon jetzt einen grösseren Beitrag, als sie gemäss des Grundsatzes der "gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung" und der entsprechenden Fähigkeiten eigentlich müssten:

> So verfügen wir nun über eine Windkarte für die Philippinen, die sehr erfolgversprechend ist. Die Solarenergie wird zunehmend stärker genutzt. Auch die Biomasse als Energiequelle wird ernsthaft in Erwägung gezogen. Beim Einsatz von Nuklearenergie, sauberer Kohle, grosser Wasserkraftwerke und Verbrennungsanlagen wird Zurückhaltung geübt oder regt sich sogar Widerstand. Diese Energieformen sind hinsichtlich Luftverschmutzung, Klimaerwärmung und Ökologie problematisch. Unser Ziel ist ja eine nachhaltige Entwicklung.

> Wir arbeiten auf einen Wertewandel hin, indem wir ganz bewusst einen intelligenten, umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie und Produkten verfolgen. Aufklärungskampagnen und die Entwicklung einer entsprechenden Politik sind dabei wichtige Elemente.

> Wir drängen mit aller Macht auf Abfallminimierung und ein Gemeinschafts-basiertes Null-Abfall-Management und setzen uns ein für bessere, sachgerechtere und menschen-gerechtere Technologien in der Wiederverwertung und der Kompostierung.

> Es findet eine nachhaltige und integrierte Verkehrsplanung statt, die zunehmend auf nicht-motorisierte und Massentransportsystemen setzt und auch fussgängerfreundliche Strassen und Grünzonen fördert.

> Auch die Bedeutung der Energieeffizienz- angefangen von der Produktion mittels Generator über die Verteiler und hin zu den Verbrauchern - nimmt langsam aber sicher ihren Platz in unserem kollektiven Bewusstsein ein. Hier gibt es eine Anzahl bestehender Programme und Projekte, die auf Gemeinde- oder Bezirksebene in Betrieb sind. Aber es bleibt noch viel zu tun.

Entwicklungsländer sind arme Länder, die der Klimaveränderung härter betroffen sind und geringere Möglichkeiten haben, der Folgen zu bewältigen bzw. abzuwenden. Sie müssen sich deshalb darauf verlassen, dass die Industrieländer auf die bevorstehende Umweltkatastrophe reagieren. Die Industrieländer befinden sich in einer Position der Stärke und verfügen über wissenschaftliche, technische und institutionelle Fähigkeiten sowie über die personellen und finanziellen Ressourcen, um das Problem effizient und effektiv anzugehen. Aufgrund der historischen und gegenwärtigen Verantwortung für die Klimaerwärmung müssen sie schon aus moralischer Sicht die Führung übernehmen.

Übersetzt aus dem Englischen von Karin Stutz

Sam Ferrer
Climate Action Network South East Asia (CANSEA)
c/o Green Forum Philippines
Lot 12, Block 8 Galatians Street
Sacret Heart Village Phase II, Novaliches
Quezon City, Philippines

Phone: +632-935-4331, Fax +632-935-4332
E-mail: GreenFm@phil.gn.apc.org